



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

12. Jahrgang, Nummer 03 / 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

am 26. April 1986 begann in Tschernobyl eine atomare Katastrophe, deren Folgen uns, und besonders die Bevölkerung im Umfeld des Reaktors, nach wie vor betreffen. Tschernobyl wurde zu einem Symbol für eine unbeherrschbare Technik. „Verantwortliche“ wollen heute, 29 Jahre später, nichts mehr von dieser Katastrophe wissen. Und so liegt es an uns, an Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, die Erinnerung an die Opfer der Atomindustrie wach zu halten und immer wieder für den sofortigen und internationalen Atomausstieg zu demonstrieren.

Anlässlich des diesjährigen Jahrestages der Tschernobylkatastrophe finden bundesweit, aber auch in anderen Ländern, Aktionen gegen die tödliche Atomenergie statt. Bitte mobilisiert zu den Veranstaltungen und versucht selber daran teilzunehmen. Terminhinweise findet Ihr unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>. Und teilt der BBU-Geschäftsstelle bitte weitere Veranstaltungen mit, sofern Euch welche bekannt sind, BBU-Bonn@t-online.de.

Wir benötigen unbedingt eine echte Energiewende, die auch den Kohleausstieg umfasst. Ein Zeichen für den dringend erforderlichen Kohleausstieg wird am Tag vor dem Tschernobyljahrestag mit einer Menschenkette bei Garzweiler (NRW) gesetzt. Informationen dazu unter <http://anti-kohle-kette.de/home>. Und natürlich müssen wir uns weiterhin für ein generelles Fracking-Verbot engagieren!

Engagierte Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Ostermarsch in Gronau

Karfreitag nahmen rund 350 Personen an der Gronauer Urananreicherungsanlage an einem Ostermarsch teil. An der Aktion beteiligten sich auch zwei BBU-Vorstandsmitglieder (Marika Jungblut und Udo Buchholz, auf dem Foto links und rechts am Transparent zu sehen. In der Fotomitte am Transparent: Franz-Josef Rottmann (BBU-Mitglied, Öko-Technik Rottmann).

Der Ostermarsch in Gronau war der Auftakt der NRW-Ostermärsche. Er richtete sich sowohl gegen Atomanlagen als auch gegen Atomwaffen.

Die Gronauer Urananreicherungsanlage wird vom Urenco-Konzern betrieben, an dem auch RWE und E.ON beteiligt sind. Seit geraumer Zeit ist bekannt, dass alle Konzernanteile verkauft werden sollen. Auch dagegen richtete sich der Ostermarsch.

Weitere Informationen unter www.ostermarsch-gronau.de



Bitte unterstützt mit Spenden die Aktivitäten des BBU!

Die Arbeit und das vielfältige Engagement des BBU gibt es leider nicht zum Nulltarif. Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Zur erforderlichen Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um großzügige Spenden. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66. SWIFT-BIC: COLSDE33.

Bitte berücksichtigt diesen Spendenaufruf, denn der BBU ist ergänzend zu den Mitgliedsbeiträgen auf weitere Spenden angewiesen. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar.

Atomtransporte, Moorburg, Elbvertiefung und Fracking: BBU fordert ökologische Nachbesserungen im Hamburger Koalitionsvertrag

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) beurteilt den Entwurf des Hamburger Koalitionsvertrags aus ökologischer Sicht als absolut mangelhaft. Der Verband kritisiert, dass weiterhin Atomtransporte durch die Hansestadt möglich sind, dass das Kohlekraftwerk Moorburg nicht gestoppt, die drohende Elbvertiefung nicht verhindert wird und Fracking Tür und Tor geöffnet wird. Der BBU fordert die Hamburger Landesverbände der SPD und der Grünen auf, bei ihren Parteitag massive ökologische Nachbesserungen im Koalitionsprogramm vorzunehmen.

Der BBU betont, dass Hamburg bei der Verhinderung von Atomtransporten eine besondere Rolle spielt. Über den Hamburger Hafen erreichen jährlich zahlreiche Atomtransporte das Bundesgebiet. Im Sinne eines echten Atomausstiegs sind die SPD und die Grünen in Hamburg verpflichtet, Atomtransporte in Hamburg verbindlich zu untersagen. "Hamburg darf nicht länger dafür verantwortlich sein, dass Atomfabriken und Atomkraftwerke in anderen Bundesländern, in Frankreich und anderswo mit Nuklearmaterial versorgt werden. Ein Transportverbot nur für die HHLA und Hapag Lloyd ist absolut unzureichend", so Regina Ludewig, Hamburger Vorstandsmitglied des BBU.

Mit Blick auf eine nachhaltige Energiepolitik kritisiert Regina Ludewig weiterhin, dass die sich anbahnende rot-grüne Koalition in Hamburg kein Interesse daran hat, das Kohlekraftwerk Moorburg zu stoppen. Das Kraftwerk ist erst zu Jahresbeginn nach langen und vielfältigen Protesten in Betrieb gegangen. Für die Genehmigung war die grüne Umweltsenatorin der damaligen schwarz-grünen Koalition, Anja Hajduk verantwortlich. Der BBU hat sich immer wieder für eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und gegen die weitere Kohleverbrennung ausgesprochen.

Mit den Passagen zu Fracking im Koalitionsvertrag fallen SPD und Grüne der Anti-Fracking-Bewegung in den Rücken. Statt sich für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot einzusetzen, wie es die von den Hamburger Grünen verbal unterstützte Korbacher Resolution verlangt, wird im Koalitionsvertrag faktisch die Pro-Fracking-Linie der Bundesregierung bekräftigt. Zur Förderung von Erdöl mittels Fracking schweigen sich die Koalitionspartner aus. Auch heißt es im Koalitionsvertrag lapidar, dass „in Zukunft Anträge auf Probebohrungen und Bohrungen in Wasserschutz- und Wassereinzugsgebieten in Hamburg nicht unterstützt“ werden. Damit werden nicht nur alle anderen Gebiete für Fracking freigegeben. Die rot-grüne Koalition fällt sogar hinter die Politik der früheren hessischen CDU-Umweltministerin Lucia Puttrich zurück, die bereits auf der Ebene der Erteilung von Aufsuchungserlaubnissen Fracking wirksam verhindert hat.

Die von den Koalitionspartnern angesprochenen Initiativen auf Bundesebene klammern konsequenterweise ein Fracking-Verbot aus. Ein derartiger Kniefall vor den Interessen der Gasindustrie ist für den BBU inakzeptabel.

Auch hinsichtlich der drohenden Elbvertiefung schließt sich der BBU weiterhin den Protesten von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden an. Erforderlich ist ein übergreifendes Hafenkonzept, das alle norddeutschen Häfen umfasst. Zudem müssen ökologische Aspekte zukünftig mehr Berücksichtigung finden als in der Vergangenheit. Eine rot-grüne Koalition in Hamburg kann und muss dazu im Koalitionsvertrag entsprechende Weichen stellen.

Weitere Informationen zu den genannten Umweltthemen u. a. unter www.bbu-online.de, www.aabh.noblogs.org, www.robinwood.de, <http://umweltfairaendern.de>, <http://moorburgtrasse-stoppen.blogspot.de>, www.hamburg-fuer-die-elbe.de, www.gegen-gasbohren.de.

Pressemitteilung des BBU vom 9. April 2015

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Die Pressemitteilung des BBU stieß besonders bei den norddeutschen Medien auf Interesse, vgl. z. B.

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Kritik-am-Koalitionsvertrag-in-Hamburg,koalitionsvertrag194.html>.

Der Koalitionsvertrag in Hamburg wurde zwischenzeitlich von SPD und Grünen besiegelt. Der BBU wird sich weiterhin zu den ökologischen Themen in und um Hamburg engagieren. Zur Unterstützung sind neue (norddeutsche) BBU-Mitglieder (Initiativen und Privatpersonen) herzlich willkommen. Interessierte finden Aufnahmeanträge unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

2. Themenbereiche

Artenschutz

Pflanzenschutzmittel

Das Pflanzenschutzmittel die Artenvielfalt gefährden, ist schon lange bekannt. In der „Zeit“ wurde jetzt erneut darauf hingewiesen: <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2015-04/pflanzenschutzmittel-studie-gewaesser-belastung-global>

Atomenergie

AKW Emsland: Kritik an Wiederinbetriebnahme / Weitere Proteste

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerk Emsland (AKW Lingen 2) scharf kritisiert. Von der zuständigen rot-grünen Landesregierung in Hannover fordert der Verband, dem auch der Elternverein Restrisiko Emsland angehört, die sofortige und endgültige Stilllegung des AKW Emsland. Gleichzeitig ruft der BBU zu weiteren Protesten gegen alle Atomkraftwerke und Atomanlagen in ganz Niedersachsen und anderswo auf. "Störfallrisiken und ständige Atommüllproduktion in allen Anlagen sind verantwortungslos und nicht hinnehmbar", so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.



Das fast 30 Jahre alte AKW Emsland war am Karfreitag nach einer Leckage vom Netz gegangen. Anti-Atomkraft-Organisationen wie das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der BBU richteten spontan Forderungen an den AKW-Betreiber RWE sowie an die verantwortliche Atomaufsicht in Hannover: Das AKW soll umgehend ganz vom Netz genommen werden, bevor es wegen fortschreitender Materialermüdung zu immer weiteren Problemen kommt. Seitens der Anti-Atomkraft-Bewegung wird betont, dass Pannen am Primärkreislauf grundsätzlich sehr bedenklich sind.

Der BBU kritisiert, dass das AKW Emsland bereits am Dienstag (7. April) wieder in Betrieb genommen wurde. Für den engagierten Verband ist nicht nachvollziehbar, wie über die Osterfeiertage eine umfassende Schadensprüfung und Reparatur erfolgt sein soll. "Offenbar haben die AKW-Betreiber dem zuständigen Umweltminister Wenzel (Grüne) das Heft aus der Hand genommen, um die schnelle Wiederinbetriebnahme durchzupfeitschen. Minister Wenzel muss jetzt beweisen, ob er die Interessen der Atomindustrie vertritt, oder ob für ihn die Sicherheit der Bevölkerung absoluten Vorrang hat", so BBU-Vorstandsmitglied Buchholz.

Der BBU weist darauf hin, dass schon vor dem jüngsten Störfall im AKW Emsland weit über 100 Initiativen, Verbände und Parteiliederungen in einer Resolution von der Landesregierung in Hannover die sofortige Stilllegung des AKW Emsland und der benachbarten Brennelementefabrik gefordert haben. Dieser Resolution haben sich in den letzten Tagen weitere Initiativen angeschlossen. Weitere Informationen zur "Lingen-Resolution" unter www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/28.01.15.pdf. Der Text der Resolution kann auch unter bbu-bonn@t-online.de angefordert werden.

Weiterhin weist der BBU darauf hin, dass am 26. April, also am 29. Jahrestag der Tschernobyl-Atomkatastrophe, in Lingen ein Anti-Atom-Schweigekreis stattfinden wird. Veranstalter ist der Elternverein Restrisiko Emsland. Die Aktion beginnt um 18.00 Uhr vor dem Alten Rathaus in Lingen. Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf.

Weitere Informationen über die Gefahren der Atomindustrie u. a. unter www.bbu-online.de, www.ippnw.de, www.antiatomgruppe-osnabrueck.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de.

Pressemitteilung des BBU vom 08.04.2015

Jülich: Gemeinsam querstellen!

(14.04.2015) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt die Anti-Atomkraft-Initiativen im Großraum Jülich sowie in und um Ahaus. Der BBU lehnt den möglichen Abtransport radioaktiver Brennelementekugeln von Jülich in die USA bzw. von Jülich nach Ahaus ab. Der Verband wird weitere Protestaktionen gegen drohende Atomtransporte unterstützen und schließt sich der Pressemitteilung des Bündnis gegen Castorexporte und des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 13. April 2015 an. Fest steht: „Gemeinsam werden wir uns querstellen, wenn die Castoren Jülich verlassen sollten – egal wohin“.

Gemeinsame Pressemitteilung des Bündnis gegen Castorexporte und des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

Jülich, Ahaus, Münster, 13.04.2015

Castor-Transporte aus Jülich in die USA endlich vom Tisch?

Auch Ahaus ist keine Option für Jülicher Atommüll!

AtomkraftgegnerInnen aus Jülich, dem Münsterland und dem gesamten Bundesgebiet sind sich einig: Sie fordern den Verbleib der 152 Castoren in einem sicheren Lager in Jülich. Weder die USA noch Ahaus sind sinnvolle Optionen für die 300.000 Brennelementekugeln!

Deutsche Ministerien zweifeln an USA-Option und US-Behörden verschieben mehrfach Umweltverträglichkeitsprüfung

Bezüglich der Export-Pläne in die USA sehen sich die Anti-Atomkraft-Initiativen inzwischen bestätigt: Ihre Zweifel an der rechtmäßigen Durchführung der Castor-Exporte, die sie im September 2014 mit zwei juristischen Gutachten untermauert hatten, werden nun laut Medienberichten offenbar von einigen Mitarbeitern der zuständigen Ministerien geteilt. „Durch unsere Kontakte in die USA wissen wir, dass die Veröffentlichung der dortigen Umweltverträglichkeitsprüfung für die Annahme der Castoren nun ein drittes Mal verschoben wurde“ erklärt Marita Boslar aus Jülich. Diese Aufschiebe-Taktik löst jedoch nicht das Atommüllproblem; das hat das jahrelange Aussitzen in Jülich bereits gezeigt.

Ahaus als Plan B bringt keinen Sicherheitsgewinn

Mit Sorge sehen die AtomkraftgegnerInnen jedoch, dass nun die Castortransporte von Jülich nach Ahaus favorisiert werden. Ahaus ist zwar nicht wie Jülich ohne Genehmigung, aber ebenso wenig gegen Flugzeugabstürze und Terrorangriffe gesichert. „In Ahaus gibt es keine Möglichkeiten beschädigte Castoren zu reparieren oder umzuladen, in Jülich hingegen schon, da die Castoren dort in den heißen Zellen beladen wurden“, erklärt Felix Ruwe von der BI-Ahaus. Vom Ahauser Zwischenlager aus lassen sich die Brennelementekugeln nicht ohne weiteres in ein noch zu findendes Atommülllager schicken. Vorher müssten sie noch mal konditioniert, also bearbeitet und umverpackt werden – vermutlich wieder in Jülich. „Damit verstoßen die Castortransporte von Jülich nach Ahaus gegen den rot-grünen Koalitionsvertrag; darin heißt es, dass die Brennelemente nur noch einmal und zwar in ein 'Endlager' transportiert werden sollen“, so Felix Ruwe.

Castor-Transporte auf NRW-Autobahnen bringen Risiko für alle

152 Castoren müssten über die Autobahnen in NRW von Jülich nach Ahaus gebracht werden. „Die Castortransporte von Jülich nach Ahaus bringen zusätzliche Transport-Risiken für unzählige Menschen an der Strecke aber keinen

Fortschritt im Atommülldilemma“ so Michael Harengerd vom BUND NRW. „Wir haben in der Vergangenheit mit dem Autobahnaktionstag gezeigt, wie gut der Widerstand zwischen Jülich und Ahaus vernetzt ist – und wir werden mit den Protesten nicht warten bis die Castoren in Ahaus vor der Tür stehen“, fährt Michael Harengerd fort.

Die Anti-Atom-Initiativen werden weiterhin eng zusammenarbeiten und jeden Schritt des Forschungszentrums und der zuständigen Ministerien und Behörden verfolgen. „Gemeinsam werden wir uns querstellen, wenn die Castoren Jülich verlassen sollten – egal wohin“.

BBU begrüßt Urteil gegen japanische AKW / Anti-Atom-Proteste zum Tschernobyljahrestag

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat das aktuelle Urteil eines japanischen Gerichts gegen die Wiederinbetriebnahme von zwei Atomreaktoren in Japan als wichtiges Signal gewertet. Der BBU gratuliert der japanischen Anti-Atomkraft-Bewegung zu diesem Teilerfolg und ruft zu weiteren bundesweiten und internationalen Anti-Atom-Protesten auf. Der BBU fordert international die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke (AKW), Atomanlagen und Uranminen.

(Informationen zum Gerichtsurteil in Japan z. B. unter <http://www.iwr.de/news.php?id=28607>).

Vor dem Hintergrund immer neuer Störfälle in den noch in Betrieb verbliebenen deutschen Atomkraftwerken und Atomfabriken fordert der BBU von den jeweils zuständigen Landesregierungen die sofortige und endgültige Aufhebung der Betriebsgenehmigungen. "Gerade bei dem jüngsten Störfall im AKW Emsland in Lingen hätte der niedersächsische Umweltminister Wenzel seine Weisungsmacht ausspielen können. Es gab wiederholt Vorkommnisse in dem AKW und niemand kann sagen, wo der dort anfallende Atommüll verbleiben soll. Doch Minister Wenzel ließ sich von der Atomindustrie das Heft aus der Hand nehmen", kritisiert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Nach einer Panne am Karfreitag im AKW Emsland ging das AKW bereits am Dienstag nach Ostern wieder ans Netz. "Der Atomkonzern RWE hat die Regie übernommen und Minister Wenzel hatte offenbar nicht einmal die Zeit, umfangreiche Prüfungen im AKW durchführen zu lassen", moniert Buchholz.

Der BBU weist darauf hin, dass es bundesweit und international anlässlich des 29. Jahrestages der Katastrophe im AKW Tschernobyl (26. April) zahlreiche Protestveranstaltungen gegen jegliche Nutzung der Atomenergie geben wird. Demonstrationen, Mahnwachen und Informationsveranstaltungen wird es an Standorten von Atomanlagen, aber auch in anderen Städten, geben. Der BBU ruft zur Teilnahme an den bisher geplanten und zur Organisation weiterer Aktionen auf.

Schon am 25. April, also am Tag vor dem Tschernobyl-Jahrestag, findet in Münster eine Demonstration statt. Direkt am Tschernobyl-Jahrestag (26. April) werden Demonstrationen an den Atomkraftwerken Brokdorf und Philippsburg durchgeführt. In Lingen wird an dem Tag ein Schweigekreis organisiert. Grenzüberschreitend mobilisiert die Anti-Atomkraft-Bewegung für den 26. April auch zur Teilnahme an einer Demonstration gegen das französische AKW Fessenheim und an der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo. In Mosbach, in der Nachbarschaft des AKW Obrigheim, findet am 27. April eine Anti-Atom-Mahnwache statt.

Bereits am kommenden Sonntag (19. April) finden eine Mahnwache, ein Protest-Sonntagsspaziergang und eine Filmveranstaltung im westfälischen Ahaus statt. Die Aktivitäten richten sich u. a. gegen weitere Atommüll-Einlagerungen in Ahaus. Die vorhandenen Atommüllberge sind zudem am 23. April der Schwerpunkt einer Informationsveranstaltung in Gronau; hier befindet sich die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage.

Weitere Informationen zu den Aktionsterminen findet man unter <http://www.bbu-online.de>

(Termine).

Direktlink: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>. Hinweise auf weitere Anti-Atom-Veranstaltungen können der BBU-Geschäftsstelle in Bonn unter bbu-bonn@t-online.de mitgeteilt werden.

Pressemitteilung des BBU vom 15.04.2015



VG Lüneburg weist Klage gegen Veränderungssperre zurück

BI: "Das ist ein herber Rückschlag!"

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg ist für die Gorleben-Gegner "ein herber Rückschlag, aber auch peinlich für die Politik, die suggeriert, dass Gorleben als Atommüllendlager schon passé sei", so formuliert es Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Per Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht wollten die Umweltorganisation Greenpeace und der Grundeigentümer Fried Graf von Bernstorff klären lassen, ob die geplante Fortschreibung der Veränderungssperre in Gorleben für unwirksam erklärt werden kann. Das Gericht wies die Anträge als unzulässig und unbegründet ab, wie eine Sprecherin am Mittwoch mitteilte. (Az.: 2 B 18/15 und 2 B 17/15).

Das Gericht ging in seinem Urteil offensichtlich davon aus, dass Fried von Bernstorff als Grundeigentümer nichts Besseres vorhätte, als durch Bau- oder Bohrmaßnahmen unterhalb einer Tiefe von 50 Metern zu verhindern, dass der Salzstock Gorleben für eine Atommülllagerung untauglich gemacht würde, kommentiert die BI. "Dabei geht es jedoch im Kern darum, dass nach dem Ende der Erkundung des Salzstocks Gorleben die Rechtsgrundlage für eine Veränderungssperre entfallen ist und trotzdem allein für Gorleben fortgeschrieben werden soll", so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Zu diesem Paradox äußere sich das VG Lüneburg nicht.

Die BI hofft, dass die Kläger sich mit dem Urteil nicht abfinden. Der Bundesrat wird am 8. Mai über die Verlängerung der Veränderungssperre in Gorleben für 10 weitere Jahre abstimmen. "Geschieht das, dann lässt die Politik keinen Zweifel daran, dass sie weiter auf Gorleben als Endlager setzt."

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 15.04.2015. Die BI ist Mitglied im BBU. Weitere Infos der BI unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.

Fracking

Fracking stößt bundesweit auf Ablehnung - Ausnahmsloses Fracking-Verbot statt kosmetische Änderungen des geplanten Pro-Fracking-Rechts gefordert

Die Anti-Fracking-Bewegung hat am Samstag (21. März) bundesweit in zahlreichen Städten mit vielfältigen Aktionen gegen Fracking demonstriert. Mit Informationsständen, Flugblattaktionen und Unterschriftensammlungen wurde vielerorts die Ablehnung des Pro-Fracking-Rechts verdeutlicht. Dieses soll in den nächsten Tagen vom Bundeskabinett auf den Weg gebracht werden. Auch jüngst bekannte Änderungen der bisherigen Entwürfe zum Fracking-Recht sind aus Sicht der Umweltschutzbewegung nicht ausreichend und werden vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nicht akzeptiert. Ziel des BBU und der Anti-Fracking-Bewegung bleibt weiterhin die sofortige Rücknahme der Rechtsänderungsentwürfe und ein gesetzlich festgeschriebenes, ausnahmsloses Fracking-Verbot.

Um Fracking zu verhindern, hatte die Anti-Fracking-Bewegung vom 16. bis 21. März eine bundesweite Aktionswoche organisiert, um über die Gefahren des drohenden Fracking zu informieren. Gleichzeitig wurde der Bundesregierung deutlich signalisiert, dass die Bevölkerung Fracking ablehnt und dass ein ausnahmsloses Fracking-Verbot gefordert wird.

Auch der BBU, der sich intensiv gegen Fracking zur Wehr setzt, hatte zur Planung und Durchführung von Anti-Fracking-Aktionen aufgerufen. In dem Aufruf der Anti-Fracking-Bewegung zur Aktionswoche hieß es u. a.: "In der Vergangenheit hatte gerade das Umweltministerium versucht, seine Fracking-Pläne gegenüber der Bevölkerung als „Fracking-Verbot“ darzustellen. Die inzwischen veröffentlichten Rechtsänderungsentwürfe zeigen das genaue Gegenteil:

Weitere Informationen unter <http://www.bbu-online.de>, <http://www.gegen-gasbohren.de>.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.03.2015, vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/21.03.15.pdf>.



BBU: Bundeskabinett setzt Bevölkerung und Umwelt den Gefahren des Frackings aus

Als unverantwortliche Fehlentscheidung bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) den heutigen Beschluss des Bundeskabinetts, ein Pro-Fracking-Recht auf den Weg zu bringen. Auf Dreiviertel der Fläche Deutschlands wäre danach Fracking grundsätzlich möglich. Fracking im Rahmen der Geothermie und im Sandgestein wird auf dieser Fläche für alle Tiefen freigegeben. Dies gilt auch für Fracking im Schiefergestein und in Kohleflözen unterhalb einer Tiefe von 3.000 Metern. Oberhalb dieser Tiefe wird die faktische Entscheidung in die Hände einer überwiegend mit Fracking-Befürwortern besetzten Kommission gegeben. Damit setzt das Bundeskabinett die Bevölkerung und die Umwelt weiträumig den Gefahren der unbeherrschbaren Risikotechnik wie Grundwasserkontaminationen und Erdbeben aus. Bereits jetzt gibt es im Bundestag massiven Widerstand gegen das vorgelegte Fracking-Recht. Der BBU appelliert an die Bundestagsabgeordneten, einzugreifen und das Regelungspaket zu stoppen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Die Bundesregierung provoziert mit ihren Plänen einen völlig unnötigen gesellschaftlichen Konflikt. In ganz Deutschland engagieren sich Bürgerinitiativen gegen das gefährliche Gasbohren. Ein breites Bündnis von Organisationen hat sich in der letzten Woche gegen die Rechtsänderungsentwürfe ausgesprochen. Bereits jetzt ist absehbar, dass der gesellschaftliche Widerstand gegen den Einsatz dieser Technik weiter zunehmen wird. Doch die Bundesregierung forciert ihr Pro-Fracking-Recht, obwohl gefracktes Gas für die Energieversorgung Deutschlands entbehrlich ist. Die Regierung wäre gut beraten, ihre Fracking-Pläne aufzugeben und den Ausbau der Nutzung regenerativer Energiequellen voranzutreiben.“

Empörend findet der BBU die Darstellungen von Bundes-Umweltministerin Hendricks zur Rechtfertigung des Regelungspaketes auf der heutigen Bundespressekonferenz.

So wurde offenbar, dass die Aussage der Ministerin, ein Fracking-Verbot wäre grundgesetzwidrig, aus der Luft gegriffen ist. So konnte die Ministerin auf Nachfrage kein Rechtsgutachten vorlegen, das ihre Aussage bestätigen würde. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages von 2011, gemäß dem ein Fracking-Verbot problemlos möglich ist, erwähnte sie bezeichnenderweise nicht. Und der beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft steht ihrer Aussage diametral entgegen, dass ein Technik-Verbot unmöglich wäre.

Die Aussage der Ministerin, dass in Deutschland die bisher strengsten Regeln für Fracking eingeführt werden, die es jemals gab, ist substanzlos. Denn mit ihrem Regelungspaket hebt Frau Hendricks bestehende, strengere Ländermordatorien aus. Und konkrete technische Anforderungen für den Frack-Prozess werden weder durch die vorgelegten Rechtsänderungsentwürfe festgelegt, noch sind derartige rechtliche Regelungen für die Zukunft vorgesehen.

Befremdlich ist auch der Satz der Ministerin: „Die Expertenkommission war in unserem Entwurf vom Dezember nicht drin.“ Die am 19.12.2014 an die Verbände verschickte Fassung zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes enthielt die Expertenkommission bereits. Der BBU erwartet eine eindeutige Klärung der Frage, auf wessen Betreiben und wann die Fracking Kommission ins Spiel gebracht wurde und ob von außen Einfluss auf die Bundesregierung oder die Ministerien genommen wurde. Die nebulöse Aussage, dies sei „auf Druck der Union durch das Kanzleramt hinein verhandelt worden“, reicht nicht aus, um die Hintergründe der geplanten Einsetzung der einseitig besetzten Kommission zu klären.

Als hoffnungsvolles Zeichen sieht der BBU den fraktionsübergreifenden Widerstand von Bundestagsabgeordneten gegen Fracking. Angesichts der geplanten Verabschiedung des Pro-Fracking-Rechts im Eiltempo kommt diesen

Abgeordneten nun die wichtige Aufgabe zu, schnell einzugreifen und das umweltschädliche Regelungspaket zu stoppen. Dabei können sie sicher sein, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Pressemitteilung des BBU vom 01.04.2015

Friedensbewegung

Bilanz der Ostermärsche 2015:

Ukraine-Konflikt und Angst vor neuem kalten Krieg vorrangige Themen

Das Netzwerk Friedenskooperative zieht eine positive Bilanz der rund 80 Ostermärsche und Aktionen 2015. Bundesweit gingen auch in diesem Jahr wieder viele Tausend Menschen für den Frieden auf die Straße. Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative: „Wie sind zufrieden mit der Teilnehmerzahl. Die Ostermärsche haben erneut gezeigt, dass vielen Menschen das Thema Frieden wichtig und dass die Bewegung lebendig und politisch hellwach ist. Auch bei regnerischem Wetter gingen die Menschen auf die Straße um sich gegen militärische und für friedenspolitische Lösungsansätze auszusprechen.“

Vollständiger Text dieser Pressemitteilung des Netzwerk Friedenskooperative vom 06.04.2015 unter

<http://www.friedenskooperative.de/ostermarsch/PM%2006.04.15%20Netzwerk%20Friedenskooperative%20zur%20Bilanz%20Ostermaersche.pdf>

Gewässerschutz

Weltwassertag 2015

Der im BBU organisierte VSR-Gewässerschutz hat anlässlich des diesjährigen Weltwassertages eine Pressemitteilung mit dem Titel „Jeder Hauseigentümer kann die drohende Hochwassergefahr verringern“. Lesen kann man die Pressemitteilung unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Weltwassertag+2015.pdf>.

Verkehrspolitik

20. BUVKO-Kongress

Der 20. Bundesweite Umwelt- und Verkehrs-Kongress unter dem Motto "Bewegte Innenstädte mit fairer Mobilität" fand vom 13. - 15. März 2015 an der Fachhochschule Erfurt statt. Inhaltlich wurde ein Fokus auf Innenstädte und Gemeinden an Durchfahrtsstraßen gelegt, da sich hier die Probleme der derzeitigen Mobilität konzentrieren. Das Motto des Kongresses lautete daher „Bewegte Innenstädte mit fairer Mobilität“. Die Teilnehmer/innen und Vortragenden loteten aus, wie man erreichen kann, dass Verantwortliche und Bürger/innen ihr Wissen zum Thema nachhaltige Mobilität in wirksames Handeln umsetzen.

Quelle: <http://www.umkehr.de>. Ergebnisse des BUVKO: <http://www.buvko.de/ergebnisse-2015.html>



3. Nachrufe

Conny (Konrad) Wolking

Viel zu früh ist am 14. Februar 2015 Conny Wolking gestorben. Er war u. a. im Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen aktiv, einer Mitgliedsorganisation des BBU. Conny engagierte sich u. a. gegen die UAA Gronau und gegen die Atomanlagen in Lingen, war aber auch bundesweit aktiv, z. B. in Gorleben.

<http://traueranzeigen.noz.de/Traueranzeige/Conny-Wolking>

Heidi (Heidemarie) Otten

Ebenfalls zu früh gestorben ist am 2. April 2015 Heidi Otten. Heidi Otten war 1987 Gründungsmitglied des Elternvereins Restrisiko Emsland, der inzwischen zu den langjährigen Mitgliedern des BBU gehört. Sie engagierte sich besonders gegen das AKW Emsland (AKW Lingen 2).

<http://traueranzeigen.noz.de/Traueranzeige/Heidi-Otten>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2015, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 26.04.2015. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.